

Dresden 1881.
Gedruckt die 16. Nov. 1881. In
der Druckerei: Eisenbahnstrasse 10.
Kleinsteinsdorffsche Verlagsbuchhandlung
2 Markt 20 Wiss. Durch 10. Nov.
Kaufpreis 37000 Grana.
Für die Wiss. Zeitung: Staats-
bibliothek und für die Rechtes
Rechts verkaufen.

Gedruckt für und vertrieben an:
Die Eisenbahn-Verlagsgesellschaft
Haus & Meissel; Rudolf
Bäuerle; August & Sohn;
Göttingen; — Carl Rich in
Wiesbaden; — A. Mard & Co.
in Halle; — Gösler in Leipzig.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

22. Jahrgang.
Satzung: 20 Groschen
für das Buch, 2 für Blätter. Da
Kleinsteinsdorffsche Verlagsbuchhandlung
2 Markt 20 Wiss. Durch 10. Nov.
Kaufpreis 37000 Grana.
— Die einfache Version kostet
10 Grana. Einzelheit 20 Grana.
Eine Sonderausgabe kostet
10 Grana. Einzelheit 20 Grana.
Wiss. Zeitung: 10 Groschen
für unbekannte Werke mit
einer oder gegen Preismarken
Gebühren. Bei bestehenden
Gebühren ist kein Zoll zu entrichten.
Einzelheit 10 Grana. Einzelheit
10 Grana. Einzelheit 20 Grana.
— Einzelheit 10 Grana.
Wiss. Zeitung: 10 Groschen
für unbekannte Werke mit
einer oder gegen Preismarken
Gebühren. Bei bestehenden
Gebühren ist kein Zoll zu entrichten.
Einzelheit 10 Grana. Einzelheit
10 Grana. Einzelheit 20 Grana.

Calla

Einziges Depot des echten Calla,
neuestes Lieblingsparfum für Damen

M. Kirchel, Marienstrasse 7,
gegenüber Renner's Restaurant.

En gros. Kaufhaus Laden 6.
Japan- und China-Waren und Thee (Spezialität).
Einziges Import-Geschäft dieser Branche im Königreich Sachsen.

N.B. Namentlich sind zu diesem Zweck die fein lackirten und mit Perlmutt ausgestatteten Holzwaren sehr beliebt und geschätzt.

Fr. 351.

Witterung vom 16. December: Barometer nach Dr. Dr. Böhl, Waller, 15 (nuß. &c.) 764 Mill., seit gestern 5 Mill. gestiegen. Thermometer: 20. Novem. 20° 28'. mehr. Temp. 1° 10'. baro. Temp. 20° 28'. Zeit: 10. Nov.

Aussichten für den 17. December: Meist bewölkt, etwas wärmer, später Niederschläge.

Sonnabend, 17. Decbr.

Herren-Artikel

wie Hemden, Hosen, Socken, Jacken, Jassen, Jaquets, Herrenknoten, Kastenknoten, Schafkopf, Samtstürze, Samtkittel, Reisedekos, Plaids, Taschenreise, Cravatzen, Taschentücher, Hosenträger, Schirme in guten Qualitäten zu sehr billigen Preisen. Illustrirte Praxisverschulso gratis und franko. Ausstellungsraum nach auswärts.

Osc. Lehmann (sonst Ernst Winzer),
Schlossstrasse Nr. 21.

R. Seelig,

zu bekannt billigsten Preisen.

Tapisserie-Weihnachts-Ausverkauf

Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

Kaufhaus Laden 6. En detail.
Beliebteste Artikel zu Geschenken. Größte Auswahl.
Billigste Preise.

Witterung vom 16. December: Barometer nach Dr. Dr. Böhl, Waller, 15 (nuß. &c.) 764 Mill., seit gestern 5 Mill. gestiegen. Thermometer: 20. Novem. 20° 28'. mehr. Temp. 1° 10'. baro. Temp. 20° 28'. Zeit: 10. Nov.

Aussichten für den 17. December: Meist bewölkt, etwas wärmer, später Niederschläge.

Sonnabend, 17. Decbr.

Berantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Stierc in Dresden.

Abendblätter sind die Vorläufer baldigen Reichstagsschlusses. Vor dem Weihnachtsfeiertag soll die 2. Abstimmung des Reichshaushaltsgesetzes beendet sein. Da heißt es sich spüren. Eingeschoben wurden in die Haushaltserarbeitung, wie schon gestern erwähnt, mehrere eigene Anträge von Abgeordneten. Unter diesen führte der Antrag der Fortschrittspartei auf Sicherung der Freiheit der Wahl und Abstimmung von Missbraüchen bei der Wahl zu Aufruhr von ungewöhnlicher Heftigkeit herbei. Die Parteien waren sich gegenseitig die stärksten Dinge vor. Man töte, schreie, injurierte sich in einer Art, wie sie sonst nur im französischen oder ungarischen Parlamente Sitte, richtiger Unsitte, ist. An den Sünden der Vormittagsstunde hatte der Reichstag noch nicht genug, er beräumte zur Fortsetzung der tumultuarischen Auftritte eine Abstimmung an, in der es programmatisch noch wilder zinging. An und für sich nun ein Antrag, der beweist, die Freiheit bei den Wählern zu sichern, auf allgemeine Zustimmung rechnen. Freilich giebt es gar verschiedene Arten der Wahlbereinigung. Die Fortschrittspartei hat immer nur so, als erlaube sich Niemand in der Welt, als nur Landräthe und Gendarmen die Selbstständigkeit der Wähler zu beeinträchtigen. Man kennt aber fortschrittliche Fabrikanten, die ihren Arbeitern deutlich genug zu versichern geben, daß sie nur im Sinne des Dobritheitswahls dütten, sonst —! Unter den Mitteln aber, welche die Wahl am meisten beeinflussen, ist das Verdächtigen des Gegners, das Ausstrengungen unverhohlen Gerüchte eines der gebräuchlichsten und leider hält sich seine Partei davon ganz frei und rein. Die Fortschrittspartei hat am allerwenigsten Urfahre, sich in das Gewand der Unschuld zu hüllen. Man entkenn' sich nur, daß, wenn ein konservativer Grundbesitzer als Kandidat aufgestellt war, den kleinen Bauern und Tagelöhner vorgelaut wurde, wie derseine Arzobischof, Bismarck und Leibbegleiter einführen wollt u. dergl. gruselige Ammenmärchen mehr, die bei dem leider oft nur zu großen Mängel an politischer Bildung des Volkes doch vielfach Glauben fanden. Wie unerträglich war die vom Judenkapital unterhaltene Agitation in der moralisch unerlaubten, gleichzeitig freilich nicht strafbaren Beleidigung der Wähler! Es hat eben jede Partei ihre eigenen Waffen bei der Wahl. Die Sozialdemokraten gebrauchen den Terrorismus, die verjüngte Fortschrittspartei arbeitet mit dem Geldsack und der Lüge, die Klerikalen bedienen sich der Geistlichkeit und des Beichtstuhls, die Regierung lädt ihren Beamtenapparat spielen. Das thun liberale Regierungen wie die von Reiningen, Hessen und Baden genau so wie konservative Regierungen, z. B. die preußische. Nur machen in Meiningen, Darmstadt und Karlsruhe geschildert und vorstelliger, als in Gumbinnen, Schivelbein und Weißeritz. Die Einmischung der Verwaltungsbürokraten in das Wahlgeschäft ist in keiner Weise zu rechtigen, aber auch an keinem Orte. Wo es, wie beim Berliner Magistrat, eine ausschließlich fortschrittliche Verwaltung giebt, kommen Wahlhändlungen ebenfalls vor und noch dazu recht grob. So sind in dem einen Berliner Wahlkreis über 150 polnische Juden, die gar nicht in Deutschland stimmberechtigt sind, in die Wahlhüte aufgenommen worden und haben auch abgestimmt. Jede Partei also lebt vor der eigenen Thür!

In der ganzen Welt, wohin nur die Runde von dem grausigen Wiener Theaterbrande drang, ist man eifrig beschäftigt, die Theaterr und andere Vergnügungsstätten in Bezug auf ihre Feuergefährlichkeit forschtig zu untersuchen. Regierungen, Stadträthe und Polizeidirektionen wetteifern allerorten in läudlichem Eifer. Die Beantwortung der Starke'schen Interpellation im sächsischen Landtag hat jedoch nicht völlig befriedigt und manche Lücke gelassen. Wenn der Herr Minister für die Abwendung der Feuergefahr schließlich das Urtheil vom Publikum selbst zu erwarten schen, so ist das eine so allgemeine Wendung, daß sie so gut wie gar nichts besagt. Darunter kann man sich alles Mögliche vorstellen. Dem Publikum allein kann man die Abstellung von Missbräuchen nicht anwerthen oder zumutnen, den Behörden liegt die nächste Arbeit ob. Man hat die Unterschrift des Herrn Ministers v. Rositz unter mehr als einer Verordnung gesunden, welche diese oder jene Art Deckplatte als feuer sichereres Bedeckungsmaterial erlaubt. Ebenso gut wäre eine Verordnung, welche den Theatern die sofortige Imprägnation von Coulisien, Soffisen, Tannerk und Garderobeblättern mit Wasserglas, Alkohol und dergl. bestimmt, schleunig zu erlassen.

In Wien bringt jeder Tag neue heftige Auftritte und wedielseitige Beleidigungen. Der Ministerpräsident Graf Taaffe hat freimüthig erklärt, er werde die schuldigen Polizeibeamten nicht vor dem Strafgericht schützen, die selben würden namentlich ihre unmahe Wohlthung an ihm und an die Erherzöge (dass kein Menschenleben gefährdet sei) vor dem Strafrichter zu verantworten haben. Da aber der Minister gleichzeitig dem Wiener Stadtrath einen Theil der Schuld gab, protestierte man in demselben gegen diesen Angriff. Freilich schot die Abwehr über's Ziel weit hinaus. Es ergab sich z. B. daß das Stadtbauamt seine Pläne von den verschiedenen Theatern besitzt und die Feuerwehr auf's Mangelhafteste organisiert ist. Die Feuerwehr, das auf allen Seiten groß gefürchtet wurde, erklärt die durchbare Erbitterung der Bevölkerung. Seit Königsgräb'l hat auf Österreich kein solcher Alb gelöst, wie seit Maria Empfängnis. Der Ringtheaterbrand ist das „Civil-Königgräb'l“ für Österreich, rief ein Abgeordneter aus und die allgemeine Stimmung verlangt die sofortige Dienstentlassung des „Polizei-Benedet“. Die Todten bilden eine lebendige Anklage gegen das Verwaltungssystem. — Im Reichsrath ist die sensationelle Debatte über den Abiotogefechtwindel der Länderbank elendiglich im Sande verlaufen. Mit Stimmengleichheit (151:151) lehnte das Unterhaus die geforderte Untersuchung ab. Durch Nichts wird belästiglich der Österreicher mehr gefördert als durch fortwährende Neugründung

Brodpries nicht erhöhen, aber sie sind für die Landwirtschaft unentbehrlich. Es weist nach, daß der Brodpries meistens mit den Flehpries steigt und fällt. Die hohen Betriebspreise des Vorjahrs seien die Folgen der Wissenden; es sei nicht gerechtfertigt, daß immer auf diese Zölle zu berufen und zu sorgen: daß das Abgeordnetenhaus ablehnte, diese und andere außällige Finanzgeschäfte zu untersuchen, mache es sich um Mittschuldigen für den unausbleiblichen Stand, einer Katastrophe, die noch mehr Opfer fordern wird, als der Untergang des Faunertheaters.

Bohler Triumph dagegen blieb Rochedorf auf den Ausgang des gegen ihn angestrebten Verleumdungsprozesses. Die Pariser Reichswachen sprachen den mutigen Laternemann von jeder Anklage frei, der es gewagt hatte, mit dem Stumpfe seines Zeitungsliebchen in die dunklen Winkel der Korruption des vorigen Ministeriums hineinzuleuchten. Rochedorf hat bekanntlich den französischen Gesandten beim Ben von Tunis, Herrn Roustan, beauftragt, dort eine Reihe der größten Finanzschwindeleien verübt und als es endlich der Ben falt bekam, die französische Regierung veranlaßt zu haben, in Tunis einzurücken. Mit demnaßmehr Hand trieb Frankreich die Geldforderungen Roustan's und seiner Gehilfen in der Regierung ein; die ganze Expedition nach Tunis ist frivol zum Nutzen einiger weniger großer Börsenspekulanten angezettelt worden. Rochedorf wurde wegen dieser Beleidigung vor Gericht gestellt, aber er brachte schllagende Beweise seiner Anklage vor. An einer Vinde brachten die Aussagen des Deserteuren Petelan dem Major Roustan den Hals. Roustan stand hiernach mit gewissen „Levantinischen Christen“ wie würden sagen: orientalischen Börsianern in den intensivsten Beziehungen und das Schlimmste dabei ist, daß herausfand, daß Gambetta selbst diesem unsauberen Börsengeschäfte, das schließlich zum funfzehnten Abenteuer führte, nicht fremd blieb. Rochedorf hat seinem Gegner Gambetta damit einen furchtbaren Sieg verliehen und dessen schlechte Laune erklärte sich damit hinreichend. Auch in der Kammer wurde Gambetta überwiegend gespielt. Als der Kriegsminister Camponotus sich über die Anstellung rentionärer Generale redetigten wollte, hinderte ihn Gambetta daran. Hier rief nun ein Kammermitglied höhnisch dem Kriegsminister zu: „Steigen Sie doch von der Tribune herunter: der Cäsar befiehlt es!“ und ein anderer Deputierter streute noch Peper in diese Wunde durch den Satz: „Gebeden Sie den Biellius!“ Gambetta verstand diesen boshaften Zursprung auf der Stelle. Biellius ist also der argste Schlemmer, Ficker und Schmerzbaus des Alterthums bekannt und Gambetta gilt als die feinste Verkörperung Frankreichs. Über diesen Bergsprung auf's Tiefe erhielt, hat Gambetta dem Senat, der er bisher nur als eine Veranlassung „verkappter Reactionäre“ und „patriotlandsfeindlicher Klerikaler“ verhöhnt, als die Verkörperung hoher Staatswidigkeit geschmeidelt. Der Senat nahm die Zobnadelei mit der Geringsschäigkeit auf, die sie verdient.

Neueste Telegramme der „Dresdner Rache“, vom 16. Decbr.

Berlin. Reichstag. Staatsberatung. Abg. v. Malchow-Göbels referirt über Theile des Militäretaats. Von den Einnahmen werden 26,000 M. für den vor der königlichen Ballstube in Trier liegenden, zum Abbruch bestimmten Theil der Palaststiege gestrichen. Gegen die Streidung sprach Abg. v. Götsler. Die Kommission empfahl ferner die Streidung der vor Errichtung eines Militär-Akademiereichungsministeriums mit Universitätsstudium in Neubrandenburg geforderten 20,000 M. Kriegsminister v. Rameis und Abg. v. Treitschke plauderten für Bewilligung, der Reste aus nationalen Rückständen. Das Institut werde ein gutes Mittel zur Weiter-Germanisierung des Elbas sein. Vom der Reichstag zur Förder-Germanisierung des Elbas fein. Vom der Reichstag zum Antritt ab, dann werden die Franzosen glauben, es sei uno nicht Ernst mit der Erhaltung der Nachbarlande. Abg. Dr. Horne, Roe und v. Benda dagegen. Vom v. Molte bestimmt die Bevollmächtigung aus politischen Gründen. Abg. Büttner: Die Sicherung Elbas habe Zeit, man braucht sich damit nicht zu überreden. Die Förderung wird abgelehnt. Eine Petition der Gemeinde-Vertretungen der Provinz Leipzig, dahin gehend, zu erwirken, daß die örtlichen Rendite, Kunden, Volkmarstor, Plau, Plagwitz, Connewitz, Gurthreis, Leutzsch, Leipziger Höhe und Schoneberg bei Leipzig aus der 5. in die 3. Servicestaffel verlegt werden, wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. Über die an die Kommission zur Berichtigung überwiesenen Theile des Post und Telegraphen-Gesetzes berichtet Abg. Dr. Kraus. Abg. Sonnenmann plädiert für eine Gehaltserhöhung der Postbeamten. Staatssekretär Dr. Stephan erwidert, daß, wenn es zu einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter kommt, die Postbeamten nicht in leichter Linie berücksichtigt würden. Sobald erneut Dr. Kraus berichtet über die ehemaligen Ausgaben beim Postwesen und den Elat der Reichsdomäne. Als erste Rate für die Herstellung eines neuen Postgebäudes in Heidelberg beantragt die Kommission statt 100,000 nur 80,000 M. einzuzahlen, die Gehaltserhöhung für ein neues Dienstgebäude in Eriut von 220,000 auf 722,000 M., die für ein neues Dienstgebäude in Herford von 256,000 auf 186,000 M. herabgesetzten. Abg. Büttner anerkennt zwar die Notwendigkeit des Baues eines neuen Dienstgebäudes in Eriut, beantragt aber dennoch die Abschaffung der betreffenden Position für dieses Jahr, da die Herabsetzung der Kostensumme eine Änderung des Bauplatzes notwendig mache. Abg. v. Benda bestimmt die Bevollmächtigung ebenso Oberpostdirektor Sachse, der auf die Notwendigkeit hinweist, den Bau im nächsten Jahr zu beginnen. Die Förderung wird abgelehnt, im Übrigen nach den Kommissions-Anträgen beschlossen. Die Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Eriut kostet 80,000 Mark benötigt. Abgeordneter v. Wedell-Weldow berichtet über die Zölle, Verbrauchssteuern und Averien. Wenn die Einstellung der Postposition für dieses Jahr ist, als im Vorjahr, so hat dies keinen Grund darin, daß früher die Einstellungen zu hoch waren. Abg. Büttner-Cisleben weist nach, daß uns die neue Wirtschaftspolitik nicht eine Verbesserung, wie viele Handelskammerberichte behaupten, sondern eine bedeutende Beeinträchtigung gebracht habe. Wäre in der früheren Weise fortgefahren worden, so würden Industrie und Landwirtschaft noch vollständig ruinirt worden sein. Die Verarmung steht und mehr zugekommen haben. Der Export hat, wie früher ziemlich nachweist, sich ganz bedeutend erhöht. Die Zölle seien gestiegen, eine Steuerung sei nicht eingetreten, die notwendigen Bedürfnisse haben sich selbst billiger gestellt, was Wedell gleichfalls nicht überrascht. Die niedrigeren Zölle können den

Festes und Fächer.

— Dr. Dr. Hö. Prinz und Prinzessin Georg nebst Familie beobachteten gestern wiederholzt das Magazin von Robert Hoffmann (Wands Hermann-Nacht), vis-à-vis Victoria-Hotel, mit einem Besuch. Ebenso beobachteten beides Einläufern Prinzessin Georg, Dr. nebst Familie und Prinzessin Mathilde vorgestern das Chinesische Thee- und Galanteriewaren-Geschäft von Dr. von Arhe aus Ningking (Nankin).

Der Organist Gottfried Scheibach in Klingenthal erhält das Verdienstkreuz.

— Landtag. Bei der 2. Kammer ist von mehreren Lausitzer Gemeinden eine Anzahl Petitionen um Aufhebung des obligatorischen Fortbildungsschulwesens eingereicht worden. Die geistige Schulberatung dieser Vorlagen bot den Abg. Heinze, Deger und Reutens willkommene Gelegenheit, die Frage der Fortbildungsschule und Wirkungsweise einer eingehenden Diskussion zu unterwerfen. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschulen. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Deger und Reutens willkommene Gelegenheit, die Frage der Fortbildungsschule einer eingehenden Diskussion zu unterwerfen. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschulen. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe sie entzündliche Nachtheile. Er beantragt für die beiden letzten Jahre durch Anträge facultative Betheiligung zu gestatten oder mindestens die Schulzeit um 2 Jahre herabzuwenden. Abg. Heinze plädiert für gänzliche Aufhebung der Fortbildungsschule. Sie fördere sogar die Unrichtigkeit. Für Städte mag am Ende noch die Einschränkung gerechtfertigt erscheinen, auf dem platten Lande bringe